

Hannoversche Allgemeine Zeitung 10.12.2005

„Ich will keine Familien auseinander reißen“

Innenminister Schünemann sieht sich zu Unrecht an den Pranger gestellt; Bischöfin kritisiert Bleiberechtsregelung.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) sieht sich in der Diskussion um ein Bleiberecht für lang in Deutschland lebende Ausländer zu Unrecht an den Pranger gestellt. Schünemann will ausländischen Jugendlichen über 15 Jahren, die lange in Deutschland sind, die Möglichkeit eröffnen, hier weiter zu leben – nicht jedoch ihren Eltern. Dafür erntete der auf der Innenministerkonferenz in Stuttgart weilende Politiker am Freitag heftige Kritik im Landtag wie aus der evangelischen Kirche. Hannovers Landesbischöfin Margot Käßmann nannte es „unverantwortlich“, in Deutschland gut integrierte Flüchtlingsfamilien „auseinander zu reißen“. Schünemann sieht sich indes zu Unrecht kritisiert. „Ich greife mit meinem Plan nur einen Vorschlag auf, den vor Jahren auch Flüchtlingsverbände gemacht haben“, sagte er gestern der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: „Ich reiße auch keine Familien auseinander, sondern will jungen Menschen eine realistische Wahlmöglichkeit geben, die die Lage von lang hier lebenden Ausländerkindern verbessern könnte.“ Auch angesichts der rechtlichen Lage und auch der politischen Diskussion in der Innenministerkonferenz über künftige Bleiberegulungen habe dieser Vorschlag wesentlich mehr Erfolgsaussichten als der vage Plan Hessens, allen Ausländern, die gut integriert sind, ein dauerhaftes Bleiberecht zu eröffnen. „Diesen Vorschlag lehnen alle anderen unionsregierten Länder ab, weil er eine Sogwirkung entfaltet und völlig falsche Signale setzt.“ In Deutschland nähmen die Zahlen der Asylbewerber seit Jahren ab – „und das ist gut so“, meint Schünemann. In Spanien und Italien stiegen sie hingegen drastisch an – auch eine Folge liberalerer Gesetze. Dies wolle man in Deutschland nicht, weil es „fatale Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungssysteme“ haben würde, sagte Schünemann. „Die Kosten für unser Sozialsystem sollte man auch im Auge haben, wenn man über das Problem des Bleiberechts spricht.“ So habe er nach einer Möglichkeit gesucht, pragmatisch und ohne große Gesetzesänderungen die Lage von jugendlichen Ausländern zu verbessern. Dabei sei er auf ein Modell gestoßen, das man für junge Türken in den achtziger Jahren gefunden hat – ihnen wurde ein Daueraufenthaltsrecht gewährt. Den Eltern ein Aufenthaltsrecht zu gewähren, wäre aber falsch, betonte Schünemann: „Wir wollen nicht diejenigen belohnen, die hier einfach ausgeharrt haben.“ Im Landtag bekam Schünemanns Plan Beifall bei den Regierungsparteien, während die Opposition ihn heftig kritisierte. „Das ist ein inhumaner Vorschlag, denn dadurch werden die Familien zerrissen“, sagte Heidi Merk von der SPD. Georgia Langhans von den Grünen pflichtete ihr bei: „Das kann kein Ziel christdemokratischer Politik sein“. Schünemann sei ein familienpolitischer Hardliner. Auch Landesbischöfin Margot Käßmann wandte sich gegen den Schünemann-Plan und verwies auf „dramatische Fälle“ in Niedersachsen. Ministerpräsident Christian Wulff sprang im Landtag seinem Innenminister zur Seite. „Ausländische Eltern sollten sich grundsätzlich bemühen, dass ihre Kinder den Kontakt zu ihrer Heimat aufrecht erhalten“, sagte Wulff.

Michael B. Berger und Andreas Schinkel